



KV Altenkirchen

Machen, was zählt!

Kommunalwahlprogramm 2024

gruene-ak.de

INHALTSVERZEICHNIS

1. WAS UNS BEWEGT.....	4
2. KLIMASCHUTZ.....	5
Wärmewende	6
3. MOBILITÄT	7
Mobilität und Klimaschutz.....	7
ÖPNV	8
Radverkehr	9
Fußgänger*innen	10
Autoverkehr	10
Car-Sharing	10
4. UMWELT SCHÜTZEN – HEIMAT SCHÄTZEN.....	11
Umweltschutz & Naturbildung.....	11
Nachhaltige Waldentwicklung.....	13
Flächenverbrauch & Dorfentwicklung.....	13
Wasserwirtschaft.....	14
5. ABFALLWIRTSCHAFT	15
Intelligente Abfallwirtschaft ist Klimaschutz.....	15
Zukunftsfähiges Energie- und Stoffstrommanagement	16
Produktverantwortung durch Abfallvermeidung	17
6. WIRTSCHAFT	17
Landwirtschaft.....	17
Tierschutz	18
Wirtschaftsmotor Klima & Energie	19
Tourismus als Chance & Wirtschaftsfaktor für die Region	21
7. MEDIZINISCHE VERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM	22
8. BILDUNG & SOZIALES.....	25

Bildung	25
Kinder & Jugend	27
Inklusion	29
Gutes Leben im Alter.....	29
Familie.....	31
9. FÖRDERUNG UND STÄRKUNG DES EHRENAMTES	32
10. KULTUR	33
11. DEMOKRATIE SCHÜTZEN – RECHTSEXTREMISMUS BEKÄMPFEN	34
12. OFFENE GESELLSCHAFT	35
LSBTIQ* – ein selbstbestimmtes, individuelles Leben für jeden.....	36
Unsere Gesellschaft ist vielfältig!.....	36

1. WAS UNS BEWEGT

Liebe Bürger*innen aus dem Landkreis Altenkirchen,

„Machen, was zählt“ - Mit diesem Motto wollen wir in den nächsten Jahren unsere Politik im Kreis gestalten und das soll unser Kompass sein für unsere Arbeit im Kreistag und in den Räten. Gemeinsam, solidarisch und demokratisch stellen wir uns den Herausforderungen. Kriege und Krisen haben in den letzten Jahren zu Verunsicherungen und Ängsten geführt. Wir sind fest überzeugt, dass wir zusammen mit den Menschen auch diese schwierige Zeit meistern werden und auch weiterhin ein fortschrittliches und zukunftsfähiges Zusammenleben gestalten können.

Wir GRÜNE haben Natur- und Artenschutz mit Anfragen und Anträgen zum Thema gemacht. Bei Ausschreibungen und Bauvorhaben haben wir auf Nachhaltigkeit gedrängt. Mit dem Klimaschutz sind wir ein gutes Stück vorangekommen.

Mit dem Einsatz für die Umsetzung von Ganztagsangeboten in den Schulen in unseren Kommunen bringen wir Gerechtigkeit und Inklusion voran. Bei der Aufnahme und dem Zuzug von Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten - eine der größten Herausforderungen für unseren Kreis - haben wir uns dafür stark gemacht, mit klarem Kopf, offenen Armen und Herz zu handeln. So haben wir gezeigt, wie wichtig Menschlichkeit als ein Grundpfeiler einer offenen Gesellschaft ist. Wir haben auch die Politik aus den Hinterzimmern geholt und mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz in den Räten eingefordert.

Es muss nun weitergehen; wir wollen, dass es vorwärts geht, auch wenn andere wollen, dass die Uhren zurückgestellt werden. Wir halten fest am Leitbild einer offenen, toleranten und solidarischen Gesellschaft. Wir geben Demokratiefeindlichkeit, Menschenfeindlichkeit und Rassismus keine Chance. Vor allem aber haben wir noch viele Ideen - denn wir haben Antworten auf die neuen politischen Herausforderungen. Welche das sind, zeigen wir Ihnen in diesem Programm für den Kreis Altenkirchen zur Kommunalwahl 2024.

Wir wollen Sie überzeugen, dass es sich lohnt, im Kreis weiterhin auf GRÜN zu setzen.

2. KLIMASCHUTZ

Die letzten Jahre haben uns deutlich die fortschreitende Klimakrise mit ihren Folgen gezeigt. Dies ist messbar und nachweisbar mit den Zahlen der Klimaforscher*innen und Meteorolog*innen. Weltweit, besonders aber in den Ländern des globalen Südens, erleben wir eine eklatante Zunahme von Stürmen, Überschwemmungen, Waldbränden und Dürren. Der ungebremste Ressourcenverbrauch der Industrieländer als Ursache der menschengemachten Klimakrise bedeutet für die Länder des globalen Südens Armut, Hunger und Flucht und destabilisiert ganze Kontinente. Eine wirksame Bekämpfung der Klimakrise ist gleichzeitig auch Friedens- und Sicherheitspolitik und reduziert Fluchtursachen.

Klar ist, dass wir jetzt endlich einen entschlossenen Klimaschutz brauchen. Wir als Gesellschaft müssen jetzt unsere emissionsfreie Zukunft gestalten und einen Weg einschlagen, der uns wegbringt von fossilen Brennstoffen und veralteten, schmutzigen Technologien. Die Weltklimaschutzkonferenzen, zuletzt 2023 in Dubai, beschreiben die Weltlage realistisch, formulieren ambitionierte Ziele, bleiben aber wegen unterschiedlicher wirtschaftlicher Interessen ohne verbindliche Ausstiegsziele aus den fossilen Energieträgern.

Wir GRÜNE forcieren den konsequenten Klimaschutz und treiben die dezentrale Energiewende vor Ort voran. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist für die Zukunft unseres Kreises von überragender Bedeutung. Deutlich mehr Wind- und Solarenergie sind entscheidend, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Die Erneuerbaren Energien sind zudem von herausragender Bedeutung für die Energieversorgung der Haushalte und der Wirtschaft. Eine entschlossene dezentrale Energiewende ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll, denn durch Energieimporte fließen jährlich immer noch Milliarden Euro aus Rheinland-



Pfalz und somit unseren Kommunen ab, die so der regionalen Wertschöpfung und der Energiesicherheit verloren gehen.

Wir GRÜNEN sind die Klimaschutzpartei. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Schonung endlicher Ressourcen stehen im Mittelpunkt unseres politischen Wirkens. Wir haben im Kreis intensiv am neuen Klimaschutzkonzept gearbeitet. Dieses werden wir jetzt konsequent umsetzen und fortlaufend auf Wirksamkeit und Erweiterungsbedarf überprüfen. Wir wollen dabei auf eine klimaneutrale Kommunalverwaltung und auf einen energieautarken Kreis Altenkirchen hinarbeiten. Weiterhin wollen wir eine Umstellung unserer Energieversorgung auf nachhaltige Grundlagen, eine Umstellung der Stromversorgung auf vorwiegend regional erzeugte, erneuerbare Energien erreichen. In unserem Kreis kommen hierfür in erster Linie die Windkraft und Photovoltaikanlagen infrage. Wir haben Standorte, wo sich dies ohne Nachteil für Mensch und Natur realisieren lässt. Die Energiewende mit Windkraft und Photovoltaik ist zugleich auch Natur- und Artenschutz. Wasserkraft und Geothermie spielen im Kreis keine große Rolle, sollten aber an geeigneten Standorten genutzt werden. Regionale Bürgerenergiegenossenschaften werden wir bei ihren Vorhaben unterstützen. Wir setzen uns ebenfalls für die Nutzung moderner Speichertechnologien ein, damit Anreize zur Nutzung der Erneuerbaren Energien geschaffen und diese auch wirtschaftlich sinnvoll genutzt werden können.

Unabhängig von unseren Investitionen in Erneuerbare Energien wollen wir eine Verringerung des Energieverbrauchs insgesamt erreichen. Wir GRÜNE treten deshalb für deutliche Energieeinsparungen ein. Wir begrüßen, dass z.B. in öffentlichen Gebäuden und bei der Straßenbeleuchtung zunehmend auf LED-Technik umgestellt wurde. Dies muss weiter forciert werden.

Wärmewende

Auch die Gebäudewärme im Kreis soll in Zukunft klimafreundlich erzeugt werden. Das neue Gebäudeenergiegesetz verlangt eine kommunale Wärmeplanung. Auch wenn dieses Verfahren aufwändig ist, so bietet es dennoch eine sinnvolle Grundlage für eine effektive Abkehr von den fossilen Energieträgern. Und sie ist notwendig für die zukünftigen Planungen der Bürger*innen. Kommunale Umstellungen auf Nahwärmenetze in Quartieren, Blockheizkraftwerke z.B. sind das Mittel der Wahl. Um die Wertschöpfung in der Region zu halten, können die Kommunen durch eigene Versorgungseinrichtungen z.B. Stadt- und Gemeindewerke wirtschaftlich und ökonomisch handeln.

Für uns GRÜNE hat hierbei die Realisierung von Einsparpotentialen durch die energetische Sanierung des Bestands und die Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung (z.B. in Form von Blockheizkraftwerken) höchste Priorität. Zur Finanzierung werden wir bestehende Förderprogramme des Landes nutzen. Weiterhin wollen wir erreichen, dass Nahwärmenetze überall dort realisiert werden, wo sie wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll sind.

Forderungen:

- Konsequente Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes des Kreises
- Konsequenter Ausbau der Erneuerbaren Energien
- Umsetzung der Wärmeplanung
- Klimaschutz als Querschnittsthema bei allen Entscheidungen

3. MOBILITÄT

Mobilität und Klimaschutz

Wir GRÜNE wollen die Verkehrswende im Land endlich vorantreiben. Dabei gilt es, die klima- und umweltschädlichen Emissionen des Verkehrs massiv zu senken, ohne dabei die Bedürfnisse der Menschen aus den Augen zu verlieren. Viele der in der öffentlichen Debatte diskutierten Mobilitätskonzepte sind für die Städte erdacht und nicht ohne Weiteres auf die Lebensrealität auf dem Land übertragbar. Dennoch wollen wir durch unsere Politik darauf hinarbeiten, dass auch hier bei uns der Anteil des motorisierten Individualverkehrs sinkt, indem wir für echte Alternativen sorgen. Wir wollen das Radfahren und die Angebote des ÖPNV attraktiver machen, indem wir in Fahrradinfrastruktur investieren und Buslinien ausbauen. Wir wollen die Umstellung auf E-Mobilität angehen, indem wir mehr öffentliche Ladesäulen bereitstellen. Neuanschaffungen von Dienstwagen in den Verwaltungen sollen emissionsarm (rein elektrisch) sein, auch Dienst-E-Bikes für kurze Wege sind sinnvoll. Unser Ziel ist eine Mobilität, die die Emissionen senkt, den Lärm reduziert, die Gesundheit von Menschen und Umwelt schützt und bezahlbar ist.

Als ersten Schritt, um eine bedarfsangepasste, vom Auto unabhängige Mobilität zu erreichen, soll ein Mobilitätskonzept für den Kreis erstellt werden. Außerdem soll regelmäßig mit den neuesten Informationen offensiv für den ÖPNV, Bürgerbusse und andere Alternativen geworben werden.

ÖPNV

Um eine vom Auto unabhängige Mobilität zu erreichen, werden wir den öffentlichen Personennahverkehr in der Region flächendeckend weiter ausbauen. Wir wollen günstige, barrierefreie und praktikable Buslinien, die genau dann und genau dort fahren, wo und wann sie gebraucht werden. Schnellbuslinien zwischen den Zentren oder in die Nachbarkreise (z.B. Neuwied oder Rhein-Sieg-Kreis) zusammen mit Anruf-Sammeltaxis (AST) sollen weiter ausgebaut werden. Aber auch regionale Buslinien, über den Schülerverkehr hinaus, müssen weiterhin einen kleinflächigen ÖPNV gewährleisten. Bei der Optimierung der Fahrpläne haben wir besonders die Bedürfnisse und Probleme der Bürger*innen im Blick, denn diese wissen in der Regel am besten, wo es noch Verbesserungspotenziale gibt.

Damit Mobilität keine Frage des Geldbeutels bleibt, treten wir dafür ein, dass mindestens das Deutschland-Ticket erhalten bleibt. Die sonstige Preisstruktur des ÖPNV in den Verkehrsverbänden muss verbessert und nach oben begrenzt werden. Der Wabenstrukturtarif soll zu einem Luftlinientarif umgewandelt werden. Wo die Angebote des Linienverkehrs nicht ausreichen oder wegen mangelnder Auslastung unsinnig sind, sind Bürgerbusprojekte und Anruf-Sammeltaxis für uns eine sinnvolle Ergänzung zum Linienverkehr. Die AST müssen anders als bisher einfach und kurzfristig bestellbar sein und als sinnvolle Ergänzung beworben werden.

Die Buslinien in Kombination mit AST müssen zeitlich mit den Zugverbindungen getaktet werden, damit der ÖPNV eine gute Alternative zum Individualverkehr wird. Attraktive und sichere Bahnhöfe werden dies positiv unterstützen.



**DAMIT ALLE ANS
ZIEL KOMMEN.**

**MACHEN,
WAS ZÄHLT.**

Der Kreis besitzt mit Westerwaldbahn und Westerwaldbus eigene Unternehmen, getragen von dem politischen Willen, den ÖPNV zu stärken. Wir unterstützen und befürworten, dass zunehmend emissionsarme Fahrzeuge eingesetzt werden.

Die Verlagerung von Transporten auf die Schiene entlastet die Bürger*innen von LKW-Abgasen und dient dem Klimaschutz. Wir unterstützen den Verkauf der ehemaligen Gleisflächen in Elkenroth an ein heimisches Unternehmen für die Holztransporte. Wir sehen darin ein übergeordnetes öffentliches Interesse.

Radverkehr

Wir GRÜNE wollen den Radverkehr fördern, indem wir vor Ort im Kreis und in den Verbandsgemeinden Radverkehrskonzepte insbesondere auch für Alltagsradwege z.B. für Pendler*innen entwickeln und umsetzen. Radwege zwischen Ortschaften und die Nutzung von Wirtschaftswegen zusätzlich zu größeren durchgängigen Routen müssen sowohl bei der Planung als auch in der Durchführung deutlich einfacher und schneller Realität werden. Geplante und vorhandene Konzepte sollen an den Schnittstellen miteinander abgestimmt werden. Radfahrstreifen auf Fahrbahnen mit Vorfahrt für Fahrradfahrer, sowie straßenbegleitende Radwege sollen bevorzugt gebaut werden.



Das Fördermanagement für den Radwegebau muss ausgeschöpft werden, aber auch eigene kommunale Gelder sind im Radwegebau sinnvoll investiert.

Die Kombination Fahrrad/Bahn/Bus wird durch sichere Fahrradstellplätze inkl. abschließbarer Fahrradboxen an den Bahnhöfen und größeren Bushaltestellen attraktiv.

Um den Straßenverkehr für Radfahrer und Fußgänger sicherer zu machen, setzen wir in Wohngebieten flächendeckend auf Tempo 30.

Fußgänger*innen

Wir werden mehr Zonen und Bereiche in den Städten und Dörfern schaffen, wo nicht-motorisierter und motorisierter Verkehr gleichberechtigt unterwegs sein können (wie Rathausstraße Wissen) oder der motorisierte Verkehr ausgeschlossen wird (Fußgängerzonen). Dadurch ergibt sich eine höhere Lebensqualität für die Bewohner*innen und Besucher*innen. Zebrastreifen an Kindergärten, Schulen, Senioreneinrichtungen müssen vermehrt eingerichtet werden, um eine höhere Sicherheit zu gewährleisten.

Autoverkehr

Bei Neubauvorhaben im Straßenbau stehen wir GRÜNE zu unserer Haltung: Wir brauchen keine neuen Straßen. Investieren wollen wir aber in Erhalt und Sanierung der bestehenden Kreisstraßen, die teilweise in sehr schlechtem und gefährlichem Zustand sind.

Wir wollen den Aufbau eines Ladesäulennetzes für Elektromobilität, insbesondere auch Schnellademöglichkeiten. Die Parkplätze vor öffentlichen Einrichtungen, Bahnhöfen und Busbahnhöfen bieten sich als Standorte an.

Wir fordern die Überdachung von Parkplätzen an kreiseigenen Liegenschaften mit PV-Anlagen, um die E-Mobilität zu fördern. Gleichzeitig wird damit auch ein Beitrag zur Energiewende geleistet.

Car-Sharing

Wir wollen das „Auto teilen“ auch in unserem ländlich geprägten Raum voranbringen, vorzugsweise mit E-Autos. BürgerEnergieGesellschaften oder auch privatwirtschaftliche Car-Sharing-Unternehmen unterstützen wir in den Kommunen z.B. durch Bereitstellung von geeigneten Stellplätzen oder starten Pilot-Projekte analog dem „DorfAuto“-Projekt im Rhein-Hunsrück-Kreis.

Der Grüne Kreisverband Altenkirchen unterstützt auch weiterhin die Bürgerinitiativen gegen die B8-Umgehungen sowie die B414-Umgehung und sieht in den Alternativvorschlägen sinnvolle und machbare Lösungen.

Die veralteten Planungen des Bundesverkehrswegeplans spiegeln weder die aktuelle Bedarfslage noch die Notwendigkeit der Reduzierung des Flächenverbrauchs wider.

Wir wollen eine echte Verkehrswende, angepasst an den ländlichen Raum und mit Berücksichtigung einer barrierefreien, individuellen Mobilität.

Forderungen:

- Erneuerung und Anpassung des Mobilitätskonzeptes
- Ausbau von sicheren Alltagsradwegen
- Ausbau des ÖPNV mit Schnellbuslinien und Anruf-Sammeltaxis
- Ausbau eines Ladenetzes für die E-Mobilität
- Ein Pilotprojekt für das Car-Sharing im ländlichen Raum

4. UMWELT SCHÜTZEN – HEIMAT SCHÄTZEN

Umweltschutz & Naturbildung

Klimakrise, Schadstoffe in Wasser, Luft und Boden sowie Flächenverbrauch zehren an den Lebensgrundlagen kommender Generationen. Für uns GRÜNE steht daher der Schutz der wertvollen Ressourcen im Mittelpunkt unserer Politik.

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt – das ist das Leitmotiv unseres Handelns. Und daher wollen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten die hohe Lebensqualität im Kreis Altenkirchen und seinen Ortsgemeinden erhalten.

Die Bürger*innen schätzen ihr Umfeld. Mit transparenten und frühzeitigen Beteiligungsverfahren, die alle Interessen zur Sprache bringen, wird eine hohe Akzeptanz für Planungsvorhaben erreicht. Alle Planungen müssen sowohl nachhaltig als auch klimaangepasst sein, um gegenüber zukünftigen Veränderungen widerstandsfähig zu sein.

Viele Planungen müssen, nicht zuletzt wegen der jüngsten Unwetterereignisse in unserem Landkreis, eine umfassende Hochwasser- und Starkregenvorsorge berücksichtigen. Die fortschreitende Flächenversiegelung durch private und gewerbliche Neubauten an den Randbereichen der Ortschaften ist hochproblematisch. Wir fördern eine innerörtlich verdichtende Planung. Dadurch werden Leerstände verhindert und bestehende Baulücken genutzt. Die Einengung von Flüssen und Bächen und die Verminderung von Überflutungsflächen erhöhen das Gefahrenpotential für Hochwasser und Überschwemmungen besonders durch Starkregenereignisse. Auenwälder dienen auch dem Hochwasserschutz, sie nehmen Wasser an Fließgewässern auf und mindern damit die Fließgeschwindigkeit. Wir stehen für einen nachhaltigen, ökologischen Hochwasserschutz.

Wir wollen unsere kostbare Natur erhalten und setzen uns für die Renaturierung von Bächen, die ökologische Aufwertung von Flächen und den Erhalt unserer Biodiversität ein.

Um Umweltschutz in unserer Heimat erfolgreich betreiben zu können, möchten wir GRÜNE für den Landkreis Altenkirchen die Verabschiedung einer kommunalen Biodiversitätsstrategie. Mit diesem Instrument können Maßnahmen gebündelt und alle Akteur*innen eingebunden werden.

Eine wichtige Maßnahme innerhalb dieser Biodiversitätsstrategie wird der Schutz von Insekten vor einem übermäßigen Pestizideinsatz sein. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Verwendung von Pestiziden auf eigenen kommunalen Flächen konsequent eingestellt wird und Pächter*innen kommunaler Flächen zu umweltschonender Bewirtschaftung informiert werden. Denn

ohne die Bestäubungsleistung von Insekten ist nicht nur eine natürliche Pflanzenwelt bedroht, auch die Lebensgrundlage vieler Landwirt*innen ist gefährdet.

Wir werden uns für eine klimaangepasste, insektenfreundliche Bepflanzung aller öffentlichen Flächen einsetzen. Dies spart Wasser, Geld und Arbeit zugunsten der Attraktivität und Artenvielfalt. Dabei ist zwingend, dass standortspezifische Pflanzen und Aussaatmischungen verwendet werden. Um die Nahrungsgrundlage für Insekten, Vögel und weitere Tiere zu gewährleisten, wird das Anlegen von Blühstreifen gefördert. Der Erhalt natürlicher Lebensräume, die durch Monokulturen und einen erhöhten Flächenverbrauch gefährdet werden, ist uns ein wichtiges Anliegen. Das gezielte Anlegen von Biotopen und Naturerlebnispfaden ist für die Naturbildung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, zu fördern und auszubauen. Dazu gehören die Informationen der Bevölkerung zu unseren beispielhaften Naturschutzräumen, deren Schutz vorrangig zu betrachten ist.

Wir werden Informationen zur insektenfreundlichen Bepflanzung von Balkonen und Gärten zur Verfügung stellen, idealerweise in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden, lokalen Gartenbaubetrieben und dem Pflanzenhandel.



Unverzichtbar bleibt auch bei allen Maßnahmen der Biodiversitätskampagne das ehrenamtliche Engagement im Umwelt- und Naturschutz. Dieses Engagement gilt es materiell und ideell zu unterstützen.

Nachhaltige Waldentwicklung

Die Hitzeperioden der letzten Jahre und die Einstufung unseres Landkreises als Dürregebiet haben uns mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, wie sehr unsere Wälder durch die Klimakrise geschädigt sind. Als Folge konnte und kann sich der Borkenkäfer in Verbindung mit Fichtenmonokulturen immens ausbreiten. Aber auch fast alle anderen Baumarten sind stark, zum Teil unwiederbringlich geschädigt. Dadurch erhöht sich die Erosionsgefahr für die betroffenen Flächen, besonders auch bei Starkregenereignissen.

Deshalb stärken wir den naturnahen, möglichst klimaresilienten Waldbau und fördern dadurch den Wasserrückhalt im Wald.

Wir setzen uns zugunsten des Walderhalts für eine ökologische Jagd ein. Moderner Wildtierschutz, flächenangepasste Wildtierpopulationen und neueste wildbiologische Erkenntnisse sind gute Grundlagen für eine moderne Jagd.

Naturnahe arten- und altersdifferenzierte Laub- und Nadelholzmischwälder stabilisieren den Wald insgesamt und ermöglichen eine ressourcenschonende, wirtschaftliche Waldwirtschaft. Dadurch werden zugleich Arbeitsplätze gesichert.

Flächenverbrauch & Dorfentwicklung

Der Kreis Altenkirchen ist eine Landschaft mit ganz eigenem Charakter und Charme. Diese Kulturlandschaft ist für viele Menschen mit so viel Heimatgefühl verbunden, dass sie gerne immer wieder zurückkehren oder auf Dauer bleiben. Das Land zwischen Westerwald und Sieg ist eine gefragte Region für Tourismus und selbstverständlich auch eine Heimat, in der die Menschen gerne und gut leben. Nicht nur Hügel, grüne Wiesen und Viehweiden, Wälder, Flüsse und Weiher sind typisch, sondern auch die Siedlungsstruktur mit ihren Dörfern und Städtchen.

Während um unsere Dörfer herum Neubaugebiete entstehen, sind leerstehende Häuser und tote Ortskerne ein nicht seltener Anblick. Daher ist uns GRÜNEN die Schaffung lebendiger und grüner Dorfkerne ein wichtiges Anliegen, um die Lebensqualität in den lebendigen Dörfern in unserer ländlich geprägten Region zu erhalten. Eine gute Dorfent-

wicklung hat hohe Priorität. Dazu gehört neben dem Erwerb und der Sanierung von Altbauten auch die Schaffung und Förderung von generationsübergreifenden Wohneinheiten und -quartieren.

Wir wollen eine grüne, nachhaltige Entwicklung unserer Kommunen gezielt fördern und so die Lebensqualität in unseren Gemeinden steigern. Wir nutzen dabei die vielfältigen kommunalen Förderprogramme und Wettbewerbe, um grüne Schwerpunkte zu setzen. Dabei sind interkommunale Kooperationen und die Innenentwicklung zu fördern. Das wird zum Landesziel Netto-Null-Flächenverbrauch bis 2030 beitragen und den Flächenfraß stoppen.

Wir werden verstärkt auf Flächenrecycling setzen und so versiegelte Flächen einer Entseigelung und Wiederbegrünung zuführen.

Wasserwirtschaft

Wasser ist das Lebensmittel Nummer 1! Wasser ist unersetzlich für die Natur, die Land- und Forstwirtschaft, für alles Leben auf unserer Welt.

Der Schutz der Gewässer sowie der Schutz vor Hochwasser und Folgen von Starkregenereignissen müssen im kommunalen Bereich prioritär behandelt werden. Wir fördern und unterstützen die Planung und Umsetzung von Hochwasserschutzkonzepten. Renaturierungsmaßnahmen, Schaffung von Überflutungsflächen, Sanierung der Verrohrungen; aber auch bauliche Maßnahmen und Anpassung von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen zum Hochwasserschutz unterstützen wir ausdrücklich. Aspekte des Natur- und Artenschutzes müssen dabei gleichrangig beachtet werden.

Naturbelassene Gewässer sind schützenswert und müssen, auch unabhängig von finanziellen und flächenverbrauchenden Interessen, geschützt werden. Gleiches gilt für den Schutz von Grundwasser.

Die Wasser- und Abwasserwirtschaft ist bei den Verbandsgemeinden verantwortlich angesiedelt. Die Versorgung mit gesundem Trinkwasser und die Entsorgung des Oberflächen- und Schmutzwassers dienen der Versorgung der Bevölkerung und gehören zur Daseinsvorsorge. Durch die Klimakrise und dadurch bedingte Dürren bzw. Hochwasser und Starkregenereignisse werden auch die Wasserwerke vor neue Herausforderungen gestellt. Informationen an die Bevölkerung zum nachhaltigen und sparsamen Gebrauch von

Wasser sensibilisieren für das Thema. Insbesondere Wasserrückhaltung bei Regenereignissen und anschließende Verrieselung erhöhen die Verfügbarkeit in Böden bei nachfolgenden Trockenzeiten.

Forderungen:

- Nachhaltiger und ökologischer Hochwasserschutz
- Kommunale Biodiversitätsstrategie
- Kein Pestizideinsatz auf kommunalen Flächen
- Stärkung der Ortskerne durch Innenentwicklung
- Netto-Null-Flächenverbrauch bis 2030

5. ABFALLWIRTSCHAFT

Intelligente Abfallwirtschaft ist Klimaschutz

Zur Energiewende, die in den Kommunen umgesetzt werden muss, gehören auch kommunale Abfall- und Wärmekonzepte.

Wir GRÜNE sehen Abfall nicht nur als ein Umweltproblem, sondern auch als eine wirtschaftliche Verschwendung, weil wertvolle Rohstoffe nicht in den Stoffkreislauf zurückgeführt werden.

Vor dem Hintergrund des globalen Anstiegs des Rohstoff- und Energiebedarfs reicht es nicht, wenn die Abfallwirtschaft lediglich ihre Entsorgungstechnologien optimiert. Es wird daher eine Werterhaltungskultur benötigt. Im Wesentlichen durch das Engagement der GRÜNEN konnte endlich der jahrelange Bioabfalltourismus beendet werden.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass für die Deponie in Nauroth eine Folgenutzung für erneuerbare Energien in größtmöglichem Umfang angedacht ist. Alle notwendigen Planungen dazu werden von uns unterstützt. Besonderer Wert ist dabei auf die Möglichkeit der Beteiligung von Kommunen, Bürger*innen und Akteur*innen der Energiewende zu legen.

Nach Abschluss der Rekultivierung sind die Lagerflächen in Nauroth an der Deponie ebenfalls für die Nutzung der erneuerbaren Energien oder die Renaturierung zu prüfen mit dem Ziel einer großflächigen Umsetzung.

Die Umweltbildung mit Umweltschule und Deponielehrpfad soll auf der vorhandenen Basis fortentwickelt werden. Besonders für Kitas und Schulen sind diese guten Angebote äußerst anschaulich und lehrreich.

Zukunftsfähiges Energie- und Stoffstrommanagement

Das Ziel ist eine bundesweite Stoffstromwirtschaft mit geschlossenen Stoffkreisläufen. Stoffstrommanagement bedeutet, sogenannte „Abfälle“ als Rohstoffe und damit als Wertstoffe zu begreifen und diese in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen.

Bei der Umsetzung neuer Konzepte auf dem Weg in eine zukunftsfähige Recyclingwirtschaft sehen wir auch den Austausch und die Zusammenarbeit unter kommunalen Energiewendeakteuren als unverzichtbar an.

Wir GRÜNE sehen, dass das Energie- und Rohstoffpotenzial, das in den Abfällen des Kreises Altenkirchen steckt, noch nicht hinreichend genutzt wird. Eine moderne Abfallwirtschaft muss die Quoten der Verwertung maximieren. In diesem Sinne ist die Mülltrennung zu intensivieren und stärker auf Ihre Wirksamkeit zu überprüfen.

Das Aufkommen der Bioabfälle und des Klärschlammes im Kreis bieten die Möglichkeit zur Kompostierung, Vergärung, Trocknung oder zur thermischen Nutzung. Das Ziel muss es sein, die Bioabfälle in noch größerem Umfang einer höherwertigen Behandlung zuzuführen. Die bestehenden Verfahren sind nach dem Stand der Technik und unter Gesichtspunkten der regionalen Wertstoffkreisläufe und regionaler Wertschöpfung zu organisieren. Dabei sind Abfallferntransporte auszuschließen. Wir unterstützen die Vorhaben im Abfallwirtschaftsbetrieb des Kreises, zunehmend moderne und ressourcenhaltende Verfahren einzusetzen.

Bioabfall kann kompostiert und in der Landwirtschaft zur Verbesserung der Böden eingesetzt werden, was den Einsatz von mineralischen Düngemitteln erheblich reduzieren würde.

Klärschlämme aus kommunalen Kläranlagen enthalten hohe Phosphormengen. Deshalb werden Klärschlämme zur Düngung eingesetzt. Mit dem Bau einer Anlage zur schadstoffarmen Phosphatgewinnung auf dem Gelände der Kläranlage Muhlau in Wallmenroth wird ein förderfähiges, zukunftsweisendes Pilotprojekt an den Start gehen. Die Entscheidung, die Klärschlammanlage in Wallmenroth als „Kommunale Klärschlammverwertung Region Altenkirchen GmbH“ zu errichten, ist ein positives Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit. Die kurzen Transportwege sind umweltschonend und wirtschaftlich sinnvoll.

Produktverantwortung durch Abfallvermeidung

Die Produktverantwortung steht im Zentrum der Abfallpolitik, dadurch werden bereits in der Produktionsphase von Gütern die Voraussetzungen für eine effektive und umweltverträgliche Abfallvermeidung und -verwertung geschaffen.

Viele Unternehmen im Kreis Altenkirchen, die Kammern und Wirtschaftsverbände haben die Notwendigkeit zu einem sparsameren und effizienteren Ressourceneinsatz erkannt. Sie arbeiten konsequent an geeigneten Strategien, um das Thema voranzubringen. Das begrüßen wir ausdrücklich. So werden Ressourcen geschont und Abfälle vermieden.

Langfristiges Ziel muss die Senkung des absoluten Ressourcenverbrauchs sein. Die Abfallwirtschaft liefert hierzu einen wichtigen Beitrag. Durch eine noch stärkere Gewinnung von Sekundärrohstoffen in der Abfallverwertung kann dieser Beitrag weiter ausgebaut werden.

Forderungen:

- Konsequenter weiterer Umbau der Abfallwirtschaft mit neuen Konzepten hin zu einer modernen Recyclingwirtschaft

6. WIRTSCHAFT

Landwirtschaft

Wir stehen für eine Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur arbeitet, Tiere respektvoll behandelt, Bäuer*innen ein auskömmliches Wirtschaften ermöglicht und uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt. Die von bäuerlichen Familienbetrieben geprägte Landwirtschaft wollen wir erhalten und ihr eine sichere Zukunft geben. Immer mehr Menschen kaufen gezielt biologische und regionale Produkte ein und unterstützen dadurch direkt die biologische Vielfalt und eine klima- und umweltschonende Landwirtschaft ohne Gentechnik. Wir GRÜNE setzen uns für eine starke ökologische Landwirtschaft ein.

Wir fordern auch eine Landwirtschaft, die dem Tierschutz verpflichtet ist.

Die Produktion gesunder Lebensmittel, der Erhalt der Artenvielfalt, Beiträge zum Boden- und Gewässerschutz und der Umwelt- und Klimaschutz stellen hohe Anforderungen an unsere Landwirtschaft. Allein den bäuerlichen Betrieben die Verantwortung dafür zu geben ist ungerecht, unfair und unsozial. Diese gesamtgesellschaftlichen und öffentlichen

Leistungen der Landwirtschaft müssen über Förderungen aus EU-Mitteln an die Bäuer*innen auch weiterhin ausgeglichen werden. Dafür setzen wir uns in Europa ein.

Für den Kreis Altenkirchen gilt es, regionale Erwerbsstrukturen zu schaffen. Wir nehmen damit auch die Wünsche vieler Verbraucher*innen auf, welche regionale Erzeugnisse bevorzugen. Durch planbare Vermarktung in der Region werden nachhaltige Strukturen gefördert, für die Bäuer*innen aber auch für die Verbraucher*innen. Planbarkeit mit fairen Preisen stärkt die regionale Landwirtschaft, schafft finanziellen Spielraum für die Betriebe und trägt somit zum Erhalt unserer bäuerlichen Landwirtschaft bei.

Die Transformation in der Landwirtschaft zu unterstützen, haben die Kommunen auch direkt in der Hand über ihr Einkaufsverhalten. In der Gemeinschaftsverpflegung von Kindergärten, Schulen und anderen kommunalen Einrichtungen muss der Anteil von Bio-Lebensmitteln und Produkten aus der Region steigen. Das Netzwerk deutscher Bio-Städte bietet hierbei seine Unterstützung an.

Seit 2022 besteht das Projekt „Landwirtschaft, die Werte schafft“ in der Raiffeisen-Region sowie den Regionen Rhein-Wied und Westerwald-Sieg. Landwirt*innen stellen die besondere Bedeutung der Landwirtschaft vor und setzen dabei auf den öffentlichen Dialog mit Bürger*innen, der Politik und den Verbänden. Dieser Dialog zwischen Landwirtschaft und Naturschutz sowie der Landwirtschaft und den Verbraucher*innen muss fortgesetzt und weiter unterstützt werden. Denn ein Natur- und Klimaschutz vor Ort kann nur gemeinsam mit der Landwirtschaft gelingen.

Tierschutz

Es ist an der Zeit, das Verhältnis von Mensch und Tier neu zu denken. Wichtig ist neben der Erhaltung der Lebensräume und der Arten auch der Schutz der Tiere als Lebewesen um ihrer selbst willen.

Wir GRÜNE treten seit Jahrzehnten nachdrücklich und erfolgreich für den Tierschutz ein und engagieren uns in allen Bereichen für einen respektvollen und verantwortungsvollen Umgang. Unwürdige Behandlung und tierquälnerische Haltung von Nutztieren lehnen wir ab und fordern bundesweit ein Verbot solcher Praktiken.

Haustiere bedürfen artgerechter Haltung mit Kenntnissen der Bedürfnisse und dem sicheren, gefahrlosen Umgang zum eigenen Schutz und dem Schutz der Mitmenschen. Entsprechende Kenntnisse sollten vor der Haltung erworben werden. Welpenhandel aus obskuren Züchtungen muss geahndet werden. Dazu bedarf es verständlicher Informationen.

Es soll auch immer wieder darauf hingewiesen werden, dass Tierheime und Pflegestellen bei der Vermittlung von Tieren kompetente Ansprechpartner sind.

Tierheime sind zu fördern und kommunal zu unterstützen. Sie stehen, in der Regel ehrenamtlich organisiert, für Tierschutz und nehmen Aufgaben wahr, die im öffentlichen Interesse sind.

Tierhalter*innen sollten immer wieder auf Chip- und Registrierungsmöglichkeiten bei Hunden und Katzen hingewiesen werden. Außerdem muss dem unkontrollierten Freigang von Katzen, oft verbunden mit unkontrollierter Vermehrung, entgegengewirkt werden. Vorbeugende, am besten verpflichtende Kastration ist das Mittel der Wahl und verhindert das Tierleid der dann verwilderten Hauskatzen. Die Kommunen und der Kreis sollen die gesetzlichen Möglichkeiten auch tatsächlich durchsetzen z.B. mit entsprechenden Katzenverordnungen.

Tiere gehören prinzipiell nicht in Zirkusse und Fahrgeschäfte. Wir unterstützen die kommunalen Genehmigungsbehörden, mit entsprechenden Auflagen ein Verbot von Tiervorfürungen durchzusetzen.

Forderungen:

- Festschreibung eines verbindlich festgelegten regionalen Anteils von Bio- und regional erzeugten Produkten bei kommunalen Gemeinschaftsverpflegungen
- Unterstützung der kommunalen Träger bei der Ausschreibung von Cateringleistungen für Gemeinschaftsverpflegungen
- Werbekampagne für regionale Erzeugnisse und Vermarktungswege
- Sensibilisierung für die Lebensmittelverschwendung und den Strukturwandel in der Landwirtschaft, in den Kindertagesstätten und örtlichen Vereinen
- Förderung für die Tierheime vor Ort, denn Tierschutz ist ein Verfassungsziel
- keine Tiervorfürungen in Zirkussen und Fahrgeschäften

Wirtschaftsmotor Klima & Energie

Wir GRÜNE stehen für eine vielfältige, moderne und nachhaltige Wirtschaft vor Ort, die langfristig gute Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft, eine Wirtschaft, die bei der sozial-ökologischen Transformation Teil der Lösung statt Herausforderung ist.

Viele positive Beispiele und zahlreiche Studien zeigen, dass die Energiewende möglich ist. Dort, wo die Bürger*innen und Gemeinden die Energieversorgung in Form von Bürgerwindrädern, Nahwärmenetzen und Solaranlagen selbst in die Hand nehmen, wurde schon viel erreicht. Weitere Informationen hierzu im Kapitel Klima.

In der Umwelt- und der Energiepolitik haben wir gezeigt, dass mit GRÜNEN Konzepten schwarze Zahlen geschrieben und viele Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden können (z.B. das Nahwärmenetz „Glockenspitze“ in Altenkirchen). Für uns GRÜNE steht Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Mittelpunkt unserer Kommunal- und Wirtschaftspolitik.

GRÜNE Wirtschaftspolitik ist gekennzeichnet durch Bestandspflege unserer Betriebe in Handwerk und Industrie sowie durch zügige Realisierung einer wettbewerbsfähigen, digitalen Infrastruktur. Das Beschaffungswesen im Landkreis muss konsequent auf Nachhaltigkeit, Regionalität und Energieeffizienz ausgerichtet werden.

Wir GRÜNE unterstützen das Handwerk und den Mittelstand bei der Digitalisierung.

Wir wollen die regionale Wertschöpfung, Gründungszentren, innovative Start-ups, gemeinwohlorientierte Unternehmen und einen klimafreundlichen Mittelstand in unserer Region fördern.

Wir GRÜNE richten diese Förderung an nachhaltigen Kriterien wie Ökologie, Klimaneutralität, Lebensqualität, Mitbestimmung, Sozialstandards und Gleichberechtigung aus.

Wir wollen mehr Recyclingbetriebe und Reparaturwerkstätten und somit die Kreislaufwirtschaft stärker vor Ort forcieren.

Wir schaffen gute Bedingungen vor Ort für eine nachhaltige Wirtschaftsansiedlung und eine lokale Wertschöpfung: Schnelles Internet, gute Anbindung an den Nahverkehr, gute



Kitas sowie Schulangebote und sorgen dafür, dass Unternehmen und Selbstständige optimale Bedingungen vorfinden.

Wir wollen inhabergeführte Läden und Gastronomie (kleine Kneipen, Cafés) erhalten, die das Lebensgefühl und die Wertschöpfung vor Ort prägen.

Wir setzen auf lebendige Städte und Dörfer, in denen Wohnen, Arbeiten und Freizeit nicht getrennt, sondern vernetzt werden.

Tourismus als Chance & Wirtschaftsfaktor für die Region

Ist eine Region touristisch attraktiv, ist sie es auch für die dort lebende Bevölkerung. Unsere Region verfügt über eine sehr hohe Lebensqualität, eine weitgehend intakte Umwelt und eine naturnahe Landschaft, die sie als Erholungsziel attraktiv macht. Der Kreis Altenkirchen wird gestärkt, indem wir auf regionale Wertschöpfungsketten und authentische, die Individualität einer Region hervorhebende Maßnahmen setzen. Gleichzeitig sollten regionale touristische Ziele über unseren Kreis hinaus, auch landes- und bundesweit beworben werden. Gerade für den ländlichen Raum ist ein überregionales Marketing von großer Bedeutung. Die gemeinsame Marke „Wir Westerwälder“ gibt ein gutes Angebot über die verschiedensten touristischen Möglichkeiten und regionalen Produkte. Die digitale Werbung für und die Darstellung der Region durch die Westerwald-Sieg-Tourismus ermöglicht die überregionale Präsenz. Beide müssen weiter profiliert und fortgeschrieben werden, wir unterstützen dies.

Unser Landkreis hat den seit Jahren wachsenden Trend zum Thema sanfter Tourismus nicht ausreichend genutzt, hier besteht Nachholbedarf.

So sollte der Fokus auf die häufig besonders klein- und mittelständisch geprägte Gastronomie gelegt und diese aktiv gefördert werden. Dies schafft und erhält Arbeitsplätze.

Tourismus muss als Wirtschaftsfaktor begriffen werden. Auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bei touristischen Dienstleistern nehmen wir in den Blick. Wir sind überzeugt, die Ausbildungsqualität von heute ist die Servicequalität von morgen.

Den mit dem Tourismus stets einhergehenden Verkehr wollen wir in umweltfreundlichere Bahnen lenken. Sanfter Tourismus schützt die Natur, er beginnt bereits bei der An- und Abreise. Wichtig ist, dass die Reisenden nachhaltig - also ökologisch, ökonomisch und sozialverträglich - reisen können.

Dies gelingt nur mit einem gut ausgebauten Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und einem gut ausgebauten Radwegenetz. Das Radwegekonzept muss zügig erstellt und vor allem auch umgesetzt werden. Radwegeverbindungen zwischen den Orten bieten Ausflugsmöglichkeiten. Der Siegtal-Radweg ist als europäischer Radwander-Fernweg ein wichtiges touristisches Element. Er wird mittlerweile, finanziert durch Bundesmittel, vorwiegend entlang der Bundesstraße gebaut und ist touristisch nur sehr mangelhaft attraktiv. Wir bemängeln dies auch weiterhin. Um einen touristischen Mehrwert zu erzeugen, müssen Rundfahrrad- und Wanderwege vermehrt gebaut werden. Das Format „Schuh trifft Schiene“ muss erweitert werden durch „Rad trifft Schiene“.

Radfahren, Wandern, Gastronomie und Anbindung an den ÖPNV mit Bahn, Bus und Anrufsammeltaxis können sowohl den Tagestourismus als auch den Urlaubstourismus fördern, vor allem aus den nahegelegenen Metropolen wie Köln, Frankfurt oder dem Ruhrgebiet.

Der naturverträgliche Ausbau des Tourismus ist nur im Zusammenhang mit Natur- und Artenschutz möglich und mit lokaler und regionaler Kooperation von Kommunen, Naturschutzgruppen und mittelständischen Unternehmen, die einen naturnahen und landschaftsschonenden Tourismus entwickeln.

Weiteres Kernanliegen ist uns GRÜNEN der Aspekt der Barrierefreiheit; auch Menschen mit Einschränkungen möchten in ihrer Freizeit oder im Urlaub aktiv sein. Wir wollen die Barrierefreiheit zu einem Qualitätsmerkmal des Tourismus im Kreis Altenkirchen machen, der so auch für Ältere und Eltern mit Kleinkindern attraktiver würde.

Forderungen:

- Fortschreibung und Forcierung der digitalen Vermarktung
- Ausbau von Radwander- und Wanderwegen
- Barrierefreiheit als Qualitätsmerkmal umsetzen

7. MEDIZINISCHE VERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

Die Corona-Pandemie hat uns eindrücklich gezeigt, wo die größten Lücken in unserem Gesundheitswesen sind und um was wir uns am dringendsten kümmern müssen. Denn ein für alle zugängliches, gut erreichbares und gut ausgestattetes Gesundheitswesen ist die Grundlage für eine soziale und chancengerechte Gesellschaft. Gesundheitsschutz und Pflege brauchen einen größeren Stellenwert und müssen solidarisch finanziert werden.

Regional vernetzte Gesundheitsversorgung mit der Möglichkeit für mehr Effizienz und Qualität muss angestrebt werden. Alle Menschen müssen sich darauf verlassen können, überall Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Versorgung zu haben. Dabei haben die Belange und Bedürfnisse der Patient*innen Vorrang vor ausschließlich wirtschaftlichen Interessen.

Zum Gesundheitsschutz braucht es aber auch Armutsbekämpfung, Verbraucher*innenschutz, bessere Lebensbedingungen und eine wirksame Umweltpolitik. Eine gut funktionierende Zusammenarbeit und verbesserte Kommunikation aller Beteiligten

wie z.B. Hausärzt*innen, Fachärzt*innen, klinische Einrichtungen, Gemeindeschwestern, aber auch der Kassenärztlichen Vereinigung und Kommunen sollten zur Selbstverständlichkeit werden. Eine gute Gesundheitsversorgung ist für uns ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Im Mittelpunkt stehen der Mensch und sein soziales Umfeld in einer integrierten Versorgung, bei der alle ambulanten und stationären Leistungsanbieter zusammenarbeiten. Gesundheitsförderung stärkt Wissen, Kompetenz und die Fähigkeit zur Eigenverantwortung. Der öffentliche Gesundheitsdienst soll sich deshalb verstärkt um Maßnahmen der Gesundheitsförderung kümmern. So sollen Unternehmen und öffentliche Institutionen (unter anderem Kindergärten, Schulen, Pflegeheime) Orte werden, die gesundes Leben erleichtern und das Entstehen von Krankheiten, zum Beispiel durch Stress, Überlastung oder schlechte Arbeitsbedingungen, vermeiden.

Familien sollen nicht nur in ihren Erziehungskompetenzen, sondern auch in ihren Alltagskompetenzen gestärkt werden. Das soll auch zu einem bewussten Umgang mit Gesundheit und gesunder Ernährung mit hochwertigen regionalen Lebensmitteln beitragen.

Besonders im ländlichen Raum ist aufgrund der weiten Ausdehnung ein gutes, integriertes Versorgungssystem mit starken Krankenhäusern und einer innovativen hausärztlichen Versorgung wichtig. Die Situation muss verbessert und auf lange Sicht stabilisiert werden. Kreisweit soll mit der Gemeindeschwester plus eine effektive Struktur aufgebaut werden,



um die Kommunikation der meist älteren Menschen untereinander, aber auch mit den medizinischen und pflegerischen Versorgungseinrichtungen zu fördern.

Wir wollen Krankenhäuser vor Ort wegen ihrer umfassenden medizinischen und sozialen Aufgaben erhalten. Die Krankenhausplanung muss an den Erfordernissen der Menschen im Kreis orientiert werden. Somit wird die Grundversorgung im ländlichen Raum gesichert. Die Finanzierung der Krankenhäuser muss von der Budgetierung in eine von der Fallzahl unabhängige Form übergehen. Somit kann gezielt nach Bedarfen und Bedürfnissen der Patient*innen behandelt werden.

Die geplante Krankenhausreform tendiert in diese Richtung. Wirtschaftliches Handeln kann jedoch nicht als alleiniges Kriterium angesehen werden. Eine solide Mischfinanzierung ist hier das Mittel der Wahl. Eine wohnortnahe Möglichkeit der Behandlung unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung ist unerlässlich. Die demografische Entwicklung mit dem beruflichen Ausscheiden älterer Fachkräfte und dem wachsenden Versorgungsbedarf der Menschen macht jetzt vor Ort rasche Veränderungsprozesse nötig. Auch die Sicherstellung der notfallmedizinischen Versorgung und Erreichbarkeit innerhalb der vorgeschriebenen Notfallzeiten muss gewährleistet werden. Eine interdisziplinäre Ausrichtung im Rahmen einer sektorenübergreifenden Versorgung muss zum Leitprinzip der Gesundheitspolitik werden. Der öffentliche Gesundheitsdienst sollte diese Aufgaben der Organisation und Vernetzung aller Beteiligten übernehmen.

Die aktuelle Situation im Kreis, die Anzahl der Haus- und Fachärzt*innen betreffend, gibt Anlass zur Besorgnis. Viele Ärzt*innen, die sich aufgrund ihres Alters gerne zur Ruhe setzen und ihre Praxen an die jüngere Generation weitergeben möchten, sind gezwungen, weiterzuarbeiten oder ihre Praxen einfach zu schließen. Die bereits bestehenden Anreize im Kreis, die den Zugang zum Medizinstudium erleichtern und ein Arbeiten im ländlichen Bereich anstreben, müssen evaluiert und ausgebaut werden. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir die Forderung der Bundesärztekammer, dass die Vergabe von Studienplätzen nicht mehr ausschließlich von der Abiturnote abhängig gemacht wird. Es müssen auch Faktoren wie psychosoziale Kompetenzen, einschlägige praktische Erfahrungen und soziales Engagement berücksichtigt werden. Die Vergabe von Stipendien durch den Landkreis in enger Zusammenarbeit mit Universitäten ist ein Anreiz, der auf Wirksamkeit überprüft und entsprechend weiterentwickelt werden soll.

Kommunale Trägerschaften medizinischer Einrichtungen, Angestelltenverhältnisse, Genossenschaften oder andere Modelle müssen geprüft werden mit dem Ziel, praktikable Lösungen zu finden.

Weiterhin fordern wir, wie auch die Landespsychotherapeutenkammer, eine ausreichende psychotherapeutische Versorgung im ländlichen Raum, zum Beispiel durch Aufhebung der Niederlassungsbeschränkung in besonders schlecht versorgten und strukturschwachen Gebieten. Bestehende Einrichtungen in den ländlichen Gebieten können zu Gesundheitszentren ausgebaut werden. Dies würde den ländlichen Raum für Nachwuchsmediziner*innen attraktiv machen. Denn wie der Trend zeigt, sind sie häufiger auf der Suche nach einer Anstellung in einem Versorgungszentrum als den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Eine Hebammenzentrale und -ambulanz im gerade im Aufbau befindlichen Eltern-Kind-Zentrum in Kirchen begrüßen wir. Sie ist als Kooperationsprojekt im Zusammenspiel der Verbandsgemeinde Kirchen mit den Hebammen an Sieg und Wied geplant. Somit ist neben dem schon bestehenden Netzwerk „Frühe Hilfen“ ein weiterer Baustein der Hilfe und Unterstützung junger Familien gesetzt.

Forderungen:

- Sicherung der wohnortnahen medizinischen Versorgung
- Prüfung kommunaler Trägerschaften für medizinische Einrichtungen
- Kreisweite Einstellungen der Gemeindeschwester plus
- Schaffung und Förderungen von Weiterbildungsmaßnahmen zur Gesundheitsförderung z.B. in Schulen und Kitas

8. BILDUNG & SOZIALES

Bildung

Wir GRÜNE wollen eine wohnortnahe Bildung ohne lange Wege für unsere Kinder und Jugendlichen. Gut ausgestattete Schulen mit regionalem Bezug, einer freundlichen und jugendgerechten Gestaltung, die sowohl den Pädagog*innen als auch den Schüler*innen eine optimale Lernumgebung bieten, sind uns ein wichtiges Anliegen. Eine optimale Lernumgebung bedeutet auch, die Schule nicht nur als reinen Lernort, sondern als Lebenswelt der Schüler*innen und der Lehrer*innen zu verstehen.

Neben der Gestaltung des Schulhofs und dem Zustand und der Gestaltung der Gebäude ist die digitale Ausstattung der Schulen unabdingbar. Die digitalen Medien spielen eine immer größere Rolle in der Gesellschaft und halten auch Einzug in die Lehrpläne und Unterrichtsmethoden an den Schulen. Durch den Digitalpakt sind in den vergangenen Jahren enorme Gelder in die digitale Infrastruktur unserer Schulen geflossen. Es gilt nun, auf diese Infrastruktur aufzubauen und die Digitalisierung weiter voranzubringen. Zusammen mit den Schulen muss vor Ort gearbeitet werden, um eine nachhaltige, zukunftsorientierte und flächendeckende Digitalisierung umzusetzen.

Um ein reibungsloses Arbeiten und Lernen zu ermöglichen, müssen die Schulen nicht nur mit einer Breitbandversorgung und zeitgemäßen Computern, Tablets und digitalen Tafeln, sondern auch mit dem entsprechenden Personal zur technischen Wartung und Betreuung ausgestattet werden. Eine Investition in die Bildung ist eine Investition in die Zukunft unserer Heimat.

Die Schulsozialarbeit bekommt einen immer größeren Stellenwert. Nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie sind die Schwierigkeiten im sozialen Umfeld der Schülerinnen und Schüler enorm gestiegen. Eine zentrale Rolle, diesen entgegenzuwirken und die Schüler*innen nicht allein zu lassen, übernimmt die Schulsozialarbeit. Daher ist es unser Ziel, diese weiter auszubauen und an allen Schulformen zu etablieren. Zahlreiche Organisationen und soziale Träger leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag; diese gilt es dabei zu unterstützen und zu fördern.

Wir GRÜNE sehen die große Bedeutung der Aufrechterhaltung unserer Vielfalt an Bildungsangeboten sowie der wohnortnahen Bildung, um für die Kinder und Jugendlichen die Waage zwischen Schule und Freizeit zu halten. Wie in der vergangenen Legislaturperiode ist es unser Ziel, den Erhalt der Schulstandorte im Kreis Altenkirchen auch in der Zukunft zu gewährleisten.

Wohnortnahe Kindergärten und Schulen sollen neben einem Markenzeichen auch attraktivitätssteigernd für unsere Region sein. So können wir jungen Menschen und Familien die Voraussetzungen bieten, sich für ein Leben im Kreis Altenkirchen zu entscheiden. Die Bindung an die Region soll in Kitas und Schulen gefördert werden.

Die Institutionen Kreismusikschule, Jugendkunstschule und Kreisvolkshochschule bereichern zudem unsere kulturelle Landschaft und nehmen wichtige Aufgaben in der Aus- und Weiterbildung unserer Bürger*innen wahr. Mit vielen spannenden Kursen und Projekten gestalten sie unsere Region. Damit dies auch in der Zukunft möglich ist, gilt es, diese

beispielhafte Arbeit zu unterstützen und zu fördern. Dabei dürfen wir andere staatliche und nichtstaatliche Einrichtungen und Vereine nicht vergessen. Schließlich spielen sie nicht nur in unserem gesellschaftlichen Leben eine große Rolle, sondern sind auch ein Alleinstellungsmerkmal für unsere Heimat.

Forderungen:

- Konsequente Umsetzung der Digitalisierung an den Schulen
- Stärkung der Schulsozialarbeit
- Erhalt der wohnortnahen Schulen

Kinder & Jugend

Investitionen in Kinder und Jugendliche sind Investitionen in die Zukunft. Das heißt, eine aktive Jugendpolitik ist eine zukunftsfähige Politik. Um nachhaltig zu wirken und unseren Kreis zukunftsfähig zu machen, muss dieser auch attraktiv für Kinder, Jugendliche und junge Familien sein. Gerade in unserer ländlich geprägten Region ist eine gute Mobilität nicht nur für ältere Menschen wichtig. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für ein Schüler- und Jugendticket des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ein, mit dem die Jugendlichen im gesamten Kreisgebiet mobil sind. Außerdem setzen wir uns für die Etablierung der Familienkarte Rheinland-Pfalz auch vor Ort ein, um mehr gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.



Durch das neue KiTa- Gesetz wurde eine Qualitätsoffensive in unseren Kindertagesstätten gestartet, welche sowohl räumlich als auch personell neue Maßstäbe setzt. Bei der Umsetzung stehen unsere Kommunen in den nächsten Jahren vor einer großen Herausforderung. Diesen Umsetzungsprozess zu begleiten und zu unterstützen, ist eine der zentralen Aufgaben in den nächsten Jahren.

Die Jugendzentren in unserem Kreis sind äußerst wichtig. Ihr vielseitiges Nachmittagsangebot und die Möglichkeit, etwas Gesundes zu essen, eine Hausaufgabenbetreuung oder Raum zur persönlichen Entfaltung zu erhalten, bietet Jugendlichen einen niedrigschwelligen Zugang. Wir GRÜNE sehen, dass die Aufgaben der Jugendzentren immer vielfältiger werden und möchten diese stärker unterstützen und die bestehenden Angebote ausbauen. Das Angebot eines bereits etablierten Streetworking muss erweitert werden, damit auch Jugendliche erreicht werden können, die andere Jugendeinrichtungen wegen ihrer besonderen psychosozialen Situation nicht selbstständig aufsuchen.

Um den wachsenden Aufgaben gerecht zu werden, möchten wir nicht nur die Schulen, sondern auch die Jugendzentren zusätzlich mit Sozialpädagog*innen unterstützen. Ziel muss es sein, auch in den ländlichen Bereichen das gleiche Angebot für die jungen Menschen vorzuhalten, wie es in vielen Mittelzentren und kleinen Städten im Kreis Altenkirchen bereits der Fall ist.

In der Schule verbringen die Kinder und Jugendlichen einen großen Teil ihres Tages. Um die Schüler*innen und die Familien zu unterstützen, muss das bestehende Ganztagsangebot mit den vorgehaltenen Essens- und Hausaufgabenbetreuungsangeboten ausgebaut und flächendeckend eingeführt werden.

Eine starke Stimme für die Jugend ist eine starke Stimme für die Zukunft. Während die ältere Generation durch Seniorenbeiräte vertreten wird, fehlt eine Vertretung der Jugendlichen in den kommunalen Räten. Daher möchten wir in Zusammenarbeit mit den Jugendeinrichtungen und Schülervertretungen im Kreis einen Jugendbeirat initiieren. Dieser kann und soll, mit einem eigenen Budget ausgestattet, das Umfeld und kulturelle Angebot für die Jugendlichen aktiv mitgestalten.

Investitionen in Kinder und Jugendliche sind Investitionen in die Zukunft. Eine aktive Jugendpolitik muss nachhaltig wirken, aber auch attraktiv für Kinder, Jugendliche und Familien sein. Wir unterstützen wohnortnahe Möglichkeiten der generationsübergreifenden und interkulturellen Begegnung wie z.B. Mehrgenerationenhäuser.

Positive Beteiligungsverfahren, gestaltet durch ein möglichst breites Spektrum an Jugendlichen, holen die Jugendlichen in ihrer Lebenswelt ab und geben ihnen Gestaltungsmöglichkeiten.

Forderungen:

- Einführung eines Kinder- und Jugendtickets sowie der Familienkarte RLP im ÖPNV
- Stärkung der Jugendzentren und des Streetworkings
- Kommunale Vertretungen Jugendlicher analog zu den Seniorenbeiräten
- Erhalt und Unterstützung generationsübergreifenden und interkultureller Einrichtungen, z.B. der Mehrgenerationenhäuser

Inklusion

Die UN-Behindertenrechtskonvention, die das Menschenrecht auf selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantiert, wurde in Rheinland-Pfalz durch das Landesinklusionsgesetz umgesetzt. Barrieren müssen weiterhin auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen abgebaut werden. Menschen mit Behinderungen sind tagtäglich vielfachen Diskriminierungs- und Exklusionserfahrungen ausgesetzt. Wir GRÜNE setzen uns in den Kommunen für den Abbau von Barrieren im Alltag und den Zugang und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein.

Als sinnvoll erachten wir die Zusammenarbeit der Akteur*innen vor Ort aus den kommunalen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Bereichen, um die vielfältigen und notwendigen Inklusionsmaßnahmen zu eruieren und - an den unterschiedlichen Bedürfnissen orientiert - umzusetzen. Gut erreichbare, barrierefreie Anlaufstellen (auch digitale) für die Betroffenen sollen eingerichtet werden. So kann gewährleistet werden, dass unterschiedliche Hilfen aus unterschiedlichen gesetzlichen Bereichen genutzt werden können.

Wir werden den Abbau von Barrieren im ÖPNV und in den Einrichtungen der Kommunen und des Kreises vorantreiben und die Verfügbarkeit von barrierefreiem, inklusivem und bezahlbarem Wohnraum fördern.

Forderungen:

- Gut erreichbare, barrierefreie Anlaufstellen und Vernetzungsmöglichkeiten
- Barrierefreier, digitaler Zugang zu öffentlichen Einrichtungen

Gutes Leben im Alter

Der demografische Wandel ist auch im Flächenkreis Altenkirchen merkbar und betrifft als Querschnittsthema alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens. Teilnahme am öffentlichen Leben bedeutet auch Teilnahme an der digitalen Welt, zumal immer mehr

Angelegenheiten digital erledigt werden müssen/können. Mobilität bedeutet für viele ältere Menschen auch die Nutzung des ÖPNV und der Bürgerbusse, zumal wenn die individuelle Mobilität mit privaten Fortbewegungsmitteln oder zu Fuß eingeschränkt ist. Wir fordern einen bezahlbaren ÖPNV (s. Kapitel Mobilität), sowie eine Ausweitung des Angebotes und der Nutzung von Bürgerbussen, auch über Kreis- und VG-Grenzen hinaus. Die obligatorischen Angebote, z.B. Arztbesuche, Erledigungen und Marktbesuche müssen ergänzt werden und auch kulturelle und private Ereignisse umfassen.

Alte Menschen haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Dazu gehört in erster Linie die Möglichkeit einer selbstgewählten Wohnform und - wenn erforderlich - eine umfassende ambulante medizinische und pflegerische Versorgung, Hilfen im Haushalt und bei behördlichen Angelegenheiten. Eine ausreichende Versorgung mit altersgerechtem Wohnraum, generationsübergreifende Wohnformen, alternative Wohnprojekte sind Herausforderungen, die gelöst werden müssen. Der Kreis und die Kommunen sind aufgerufen, koordinierend zu helfen, aber auch über Fördermanagement Mittel proaktiv zu gewinnen und zu nutzen.

Kommunale Pflegekonferenzen müssen um die Mitsprache der Betroffenen erweitert werden, und zusammen mit der Servicestelle „Kommunale Pflegestrukturplanung und Sozialraumentwicklung“ sollen zeitgemäße Strukturen vor Ort für die Bedarfe älterer Menschen mit Unterstützungsbedarf geschaffen und entwickelt werden.

Dazu gehört auch die aufsuchende Hilfe z.B. durch die Gemeindeschwester plus, die kreisweit eingerichtet werden muss.

Im Kreis Altenkirchen leben Menschen vieler Nationalitäten und diverser persönlicher Präferenzen, darunter auch ältere Menschen. Alle Angebote und Hilfen müssen dies berücksichtigen, damit niemand allein gelassen wird.

Der Dialog der Generationen, gegenseitige, ehrenamtliche Hilfen und Unterstützungsleistungen bedürfen erreichbarer Treffpunkte, sowohl in Präsenz als auch digital. So kommt den Mehrgenerationenhäusern eine große Bedeutung zu. Wir fordern eine gesicherte Finanzierung durch Bund, Land und Kommunen.

Forderungen:

- Barrierefreier Zugang zum ÖPNV und verstärkte Einrichtungen von kostenlosen Bürgerbussen
- Sicherung der selbstbestimmten Wahl der Wohnform und aufsuchende Unterstützung z.B. durch die Gemeindegewerkschaft plus
- Interkulturelle Betreuung der unterschiedlichen Nationalitäten

Familie

Familie ist da, wo Menschen gegenseitige Verantwortung füreinander übernehmen. Unser Familienbegriff orientiert sich an den unterschiedlichen, diversen und individuellen Formen des Zusammenlebens, der Fürsorge für die Mitglieder und der Verantwortung für die Kinder.

Jede Form von Familie, jede Familie unabhängig von der Nationalität und des Aufenthaltsstatus bedarf des staatlichen Schutzes und der gleichberechtigten Förderung. Für Kinder gilt, dass ihre Chancen nicht vom Geldbeutel der Familie abhängig sein dürfen. Familienarmut ist Kinderarmut!

Armut führt zu Ausgrenzung, vermindert Bildungschancen und erzeugt kulturelle Bedürftigkeit.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die selbstverständliche Erwerbstätigkeit von Frauen und monetäre Anerkennung der bislang unbezahlten familiären Sorgearbeit gelingt nur, wenn in Kitas und Schulen entsprechende Ganztagsangebote ausreichend und ohne Wartezeiten wohnortnah zur Verfügung stehen.

Ebenso muss die Vereinbarkeit von Familie und politischem Ehrenamt gestärkt werden. Die Vielfalt politischer Gremien wird erhöht, wenn alle interessierten Bevölkerungsgruppen auch tatsächlich teilnehmen können. Familienfreundliche Sitzungstermine, aber auch dauerhaft hybrid gestaltete Sitzungen, eröffnen praktikable Lösungen.

Forderungen:

- Anerkennung und Unterstützung der unterschiedlichen Familienmodelle
- Weiterhin und verstärkt wohnortnahe Ganztagsangebote bei Kitas und Schulen, wie auch vom Gesetzgeber zukünftig vorgeschrieben
- Familienfreundliche Sitzungstermine der politischen Gremien, um besonders auch Frauen politische Teilnahme zu ermöglichen

9. FÖRDERUNG UND STÄRKUNG DES EHRENAMTES

Eine große Anzahl von Bürger*innen im Landkreis Altenkirchen engagiert sich in vielfältigen Formen ehrenamtlicher Tätigkeiten. Ihre uneigennützig Selbstverpflichtung hat eine besondere Bedeutung für eine menschliche und solidarische Gemeinschaft, sie bildet zugleich ein starkes Fundament eines auf Mitverantwortung und Wertekonsens bauenden demokratischen Gemeinwesens.

Der unentgeltliche Einsatz der Menschen ist eine willkommene und unentbehrliche Ergänzung und Ausweitung der staatlichen Erfüllung sozialer Aufgaben. Ohne sie würden viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens kaum mehr existieren können.

Wir GRÜNE wollen uns dafür einsetzen, dass ehrenamtliches Engagement der Menschen im Landkreis verstärkt gefördert und unterstützt wird, sei es in formellen Ehrenämtern, in Vereinen und Verbänden, in kirchlichen, sozialen, interkulturellen und karitativen Einrichtungen, in Sozial- und Jugendarbeit, im Natur- und Umweltschutz oder in selbst organisierten informellen Gruppierungen.

Dem Brand- und Katastrophenschutz kommt eine besondere Bedeutung zu. Die Einsätze werden immer mehr, vielfältiger und komplizierter. Es sind Freiwillige, die im Ehrenamt tätig sind, sie sind immer da. Ihre hohe Qualifizierung durch Schulungen wird in der Freizeit erworben. Der Kreis und die Kommunen sind für die gute, sichere und moderne technische Ausstattung zuständig. Die Beschaffung von analogen und digitalen Warnsystemen muss vorrangig vorangetrieben werden. Wir unterstützen alle Maßnahmen zur Stärkung des Brand- und Katastrophenschutzes ausdrücklich. Zudem wenden wir uns gegen jegliche Formen von Behinderungen bei Einsätzen und Angriffen auf die gesamte „Blaulichtfamilie“.

Die Ehrenamtsförderung im Landkreis Altenkirchen und seiner Gemeinden soll weiterhin systematisch auf eine verlässliche personelle, organisatorische und finanzielle Grundlage gestellt werden. Damit soll der Bedeutung des Ehrenamts für das Gemeinwohl Rechnung getragen und der uneigennützig Einsatz der Menschen gewürdigt werden. Wir GRÜNE zielen darauf, dass sich bei den Menschen und den Verwaltungen im Landkreis Altenkirchen ein Bewusstsein für die Tragweite ihres Einsatzes für das Gemeinwohl ausbilden und festigen kann.

Forderungen:

- Weiterhin Stärkung des Ehrenamtes durch öffentliche Anerkennung
- Weiterhin Unterstützung durch kommunale Ehrenamtsbeauftragte
- Weiterhin bestmögliche Ausstattung im Brand- und Katastrophenschutz

10. KULTUR

Wir unterstützen selbstverständlich und weiterhin die kulturellen Einrichtungen des Kreises und schätzen die umfassende und wertvolle Arbeit. Insbesondere die Kunst- und Kulturpädagogik muss gefördert werden.

Kultur geschieht an vielen Orten und fördert das Miteinander, dient dem Austausch und baut Brücken. So muss es selbstverständlich sein, dass vielfältige Formen von Kultur gleichberechtigt gefördert und zugänglich gemacht werden. Dem Kreis und den Kommunen obliegt die Aufgabe, Orte der Begegnung zu schaffen, ehrenamtliche Kulturschaffende zu unterstützen und Beratungs- und Finanzierungsmöglichkeiten zu entwickeln. Freischaffende Künstler*innen sollen unterstützt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass mit dem Kulturpass jungen Menschen der Zugang zu kulturellen Veranstaltungen ermöglicht wird. Kulturelle Teilhabe gilt für alle Bevölkerungsgruppen und muss entsprechend ermöglicht werden.

Jede Form von Kultur- und Bildungseinrichtungen dient der Entwicklung einer demokratischen Kultur und einer demokratischen Gesellschaft. Daher unterstützen wir die Schaffung und den Erhalt vielfältiger Geschichts- und Erinnerungsorte.

Dem interkulturellen Austausch in der Gesellschaft, aber auch der Religionen kommt eine große Bedeutung zum gegenseitigen Verständnis und der Toleranz zu.

Forderungen:

- Weiterhin Unterstützung der kreiseigenen kulturellen Einrichtungen
- Schaffung und Erhalt von Geschichts- und Erinnerungsorten
- Unterstützung der Kulturschaffenden vor Ort
- Unterstützung und Förderung des interkulturellen Austausches

11. DEMOKRATIE SCHÜTZEN – RECHTSEXTREMISMUS

BEKÄMPFEN

Deutschland ist ein demokratisches Land. Aber Demokratie ist kein statischer Zustand, sondern bedarf der ständigen, lebendigen Arbeit auf allen Ebenen, um die demokratischen Werte gegen Verfall zu sichern. Gerade in Krisenzeiten mit Verunsicherung und Ängsten, mit komplexen Fragen und komplizierten Lösungen besteht die Gefahr, dass die sogenannten „einfachen Lösungen“ mehr Gehör finden. Wir GRÜNE wollen zeigen, dass Probleme so nicht gelöst werden.

Wir verstehen die Sorgen der Menschen und nehmen diese ernst.

Gerade deshalb wenden wir uns entschieden gegen die Propaganda rechtsradikaler Parteien und Gruppierungen. Ihre sogenannten „einfachen Lösungen“ sind verbunden mit Schuldzuweisungen an Randgruppen und Flüchtlinge. Besonders perfide ist deren, oft kaschierte, Schuldzuweisung an jüdische Menschen. Dieser Antisemitismus ist unerträglich.

Wir sehen mit großer Sorge, dass diese Denkart bis weit ins bürgerliche Lager hinein hoffähig gemacht werden soll.

Wir GRÜNE setzen uns ein für Demokratie und Toleranz und suchen den Schulterchluss mit den demokratischen Parteien, Initiativen und allen, die sich zur Wehr setzen.

Wir setzen uns ein für Aufklärung der Bevölkerung und unterstützen daher auch Beratungsstellen und Netzwerke gegen Rechts.

Wir sehen auch den Kreis und die Kommunen in der Verantwortung, proaktiv tätig zu werden.



Das alleine reicht jedoch nicht.

Notwendig ist ein aktives Eintreten für unsere Demokratie auf allen Ebenen, für unsere plurale, freie Gesellschaft in unserer alltäglichen Arbeit. Hier erst zeigen sich die Stärken und die Sicherheit einer demokratischen Verfassung und eines demokratisch legitimierten Staates in all seinen Gliederungen.

Wir wissen, dass Demokratie nicht immer einfach ist. Beteiligungsverfahren, Mitwirkungsrechte und Konsensfindungen sind mitunter komplex und brauchen Zeit.

Aber: Demokratie und Toleranz sichern letztlich die persönlichen Freiheiten, die Minderheitenrechte und bewahren vor Willkür.

Forderungen:

- Aktives Handeln des Kreises und der Kommunen zur Aufklärung über antidemokratische Organisationen
- Beteiligung und Förderung von Netzwerken gegen Rechts und entsprechender Beratungsstellen

12. OFFENE GESELLSCHAFT

Vielfalt und Diversität machen uns reich, glücklich und frei.

Wir GRÜNE wollen die Akzeptanz der Diversität der Lebensarten in unserer Gesellschaft auf allen Ebenen erreichen und neue Möglichkeiten des Zusammenseins schaffen, so dass alle ohne Gewalt und Vorurteile gemeinsam produktiv für die Zukunft leben und arbeiten können.

Freiheit, Demokratie und Frieden sind gemeinsame Werte aller Menschen. Wir wollen, dass alle eine Welt ohne Gewalt erleben und eine glückliche Zukunft für unsere und die nächsten Generationen schaffen



können. Das ist nur möglich, wenn wir Vorurteile und Ängste überwinden. Unsere Vielfalt ist eine Bereicherung unserer Gesellschaft.

Viel hat sich in den letzten Jahren positiv geändert. So gibt es beispielsweise endlich die „Ehe für alle“. Ein nächster wichtiger Schritt ist das Selbstbestimmungsgesetz, es soll ab November 2024 gelten.

LSBTIQ* – ein selbstbestimmtes, individuelles Leben für jeden

In den Städten existieren Initiativen, Beratungsstellen und Begegnungsstätten, um ein angstfreies und selbstverständliches Leben unabhängig von irgendeiner sexuellen Orientierung zu ermöglichen. Auf dem Land gestaltet sich das deutlich schwieriger.

Bei uns im Landkreis müssen wir die Aufklärungsarbeit vor allem mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei diesen Fragen vertiefen und stärken. Hierzu werden wir GRÜNE verstärkt Veranstaltungen anbieten, die zum Thema informieren und sensibilisieren, und auch andere dabei unterstützen. Es muss sichere Anlaufstellen und Räume für junge Menschen geben, wo sie sich informieren können, sowie Unterstützung und Hilfe bekommen, ohne befürchten zu müssen, in ihrem sozialen Umfeld geoutet zu werden.

Unsere Gesellschaft ist vielfältig!

Insgesamt leben in Deutschland 84 Millionen Menschen, davon haben 22 Millionen Menschen einen sogenannten Migrationshintergrund. Migrationshintergrund bedeutet, dass die Menschen selbst oder ihre Eltern oder Großeltern aus einem anderen Land kommen.

Fast jedes zweite Kind unter 10 Jahren hat einen Migrationshintergrund.

Durch die vielfältige Herkunft der Menschen wird unser Leben kulturell und wirtschaftlich bereichert! Wir GRÜNE stehen für eine weltoffene, vielfältige Gesellschaft, die menschenfeindlichen Ideologien klar entgegentritt. Denn diese verhindern Integration und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Fast jede vierte Person in Deutschland wurde schon mal ausgegrenzt. Dabei kann es sich um Benachteiligungen in der Schule, beim Arzt oder bei der Wohnungssuche handeln, um Ausgrenzungen im Alltag oder gar um Gewalterfahrungen. Vor allem Flüchtlinge leiden hierunter. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Flüchtlinge und Asylbewerber*innen nicht von Missbrauch und Ausbeutung betroffen sind.

Wir GRÜNE haben für geduldete Flüchtlinge schon einiges positiv verändern können. Zum 1. Januar 2023 trat das Chancenaufenthaltsgesetz in Kraft. Geduldete, die zum Stichtag am 1. Oktober 2022 fünf Jahre oder länger in Deutschland lebten, sollen gemeinsam mit ihren Angehörigen eine Aufenthaltserlaubnis "auf Probe" bekommen. Innerhalb von 18 Monaten können sie versuchen, die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht zu erfüllen. Dazu müssen sie umfangreiche Anforderungen erfüllen. Sie müssen überwiegend selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können, ausreichende Deutschkenntnisse haben und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen. Sie dürfen nicht wegen einer vorsätzlichen Straftat verurteilt sein und sie dürfen nicht wiederholt vorsätzlich falsche Angaben gemacht haben.

Aber vor Ort treffen die neu angekommenen Flüchtlinge, genau wie die, die schon seit einigen Jahren geduldet werden, auf viele Probleme, die unsere Systemmängel offenbaren: KiTaplätze fehlen, Ärztemangel, Bürokratie, Personalüberforderung in Sozialämtern, zu wenig bezahlbare Wohnungen. Das betrifft uns alle, aber die sozial Schwächsten und noch nicht Integrierten besonders.

Deshalb ist es wichtig, vor Ort gut organisierte Hilfsangebote für Flüchtlinge zu haben. Flüchtlingshilfe ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, die vor allem durch Ehrenamtliche getragen wird. Sie sollen vor Ort gehört werden und unbürokratisch benötigte Unterstützung bekommen! Aufwandsentschädigungen für Fahrten der Ehrenamtlichen oder Erreichbarkeit der Ämter sollen in unserem Kreis selbstverständlich und gesichert werden.

Als eine sinnvolle Idee, um den Mangel an Unterkünften für Flüchtlinge zu bekämpfen, erscheinen uns Container-Lösungen: statt große, schlecht erreichbare und nicht in die Gemeinden integrierte Unterkünfte in oft ziemlich heruntergekommenen Gebäuden zu organisieren, sollen kleinere Container-Einheiten für wenige Flüchtlinge installiert werden. So sollen die Gemeinderäte die passenden Plätze innerhalb des Ortes und die Zahl der Flüchtlinge bestimmen können.

Für die Flüchtlinge entstehen dabei folgende Vorteile: Sie werden besser integriert, bleiben nicht isoliert und können die Infrastruktur des Ortes mitnutzen (Nahverkehr, Kindergarten, Geschäfte etc.).

Wir GRÜNE wollen das Thema „Vielfalt und Diversität“ im öffentlichen Leben des Kreises verankern, z.B. mit Konzerten, bei Stadtfesten oder mit Infoveranstaltungen.

Jeder ist anders, jeder ist ein willkommenes Mitglied unserer Gesellschaft - das ist die Grundlage einer zukunftsfähigen, menschlichen Gesellschaft.

Vielfalt ist unser Reichtum. Wir wollen vielfältig denken, vielfältige Strategien erarbeiten und so eine glückliche Zukunft für unsere Kinder gestalten!

Forderungen:

- Unterstützung der Flüchtlingsinitiativen
- Initiierung von Sprachkursen und Hilfestellung zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt
- Schaffung von Wohnraum, auch in kommunaler Trägerschaft
- Akzeptanzförderung bei notwendigen dezentralen „Containerlösungen“



gruene-ak.de